

Erfreulich locker und ohne einen vorformulierten Text schaffte es Michael von der Schulenburg die Besucher in der Sandelmühle zu fesseln. Für ihn stand fest, dass nicht nur über einen Verstoß gegen die UN-Charta durch Russlands Invasion in die Ukraine gesprochen werden muss, sondern vielmehr auch von einer Verletzung der UN-Charta durch die Nato-Staaten, allen voran die USA, diskutiert werden muss. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe der Westen sich nicht an den Geist der Charta gehalten, der eine unbedingte Friedensordnung zugrunde liege und die Staaten verpflichte, Konflikte mit friedlichen Mitteln zu klären. Stattdessen seien die Nato-Staaten ohne Rücksicht auf die Sicherheitsinteressen Russlands immer weiter an die russische Grenze herangerückt. Der Westen habe Russland auch durch die Garantien für die Minsker Abkommen getäuscht, wie wesentliche Vertragspartner (Merkel und Hollande auch noch öffentlich einräumten). Immer wieder habe Russland seine Sicherheitsinteressen geltend gemacht. Immer wieder habe der Westen diese ignoriert und die Ukraine zunehmend durch Stationierungen von Waffen und gemeinsame Manöver gegenüber Russland eine provokative Haltung eingenommen. Bereits 2008 habe die USA die Einbindung der Ukraine in die Nato eingeladen.

Von der Schulenburg verwies darauf, dass bereits 1 Monat nach Beginn des Krieges dessen Ende hätte bewerkstelligt werden können, als die Ukraine bei den Verhandlungen in Istanbul ein gemeinsames Papier erstellt hatte. Im Gegensatz zu westlichen Darstellungen seien sich damals Ukraine und Russland darin einig gewesen, dass die geplante NATO-Erweiterung der Grund des Krieges war. Sie konzentrierten daher ihre Friedensverhandlungen auf die Neutralität der Ukraine und dessen Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft. Im Gegenzug würde die Ukraine ihre territoriale Integrität mit Ausnahme der Krim behalten haben.

Großbritannien und die USA haben diese Vereinbarung hintertrieben, indem sie der Ukraine mit dem Stopp jeglicher weiterer Unterstützung gedroht habe. Diese Hintertreibung der Friedensbemühungen seien ebenfalls erhebliche Verstöße gegen die in der UN-Charta festgeschriebene Friedenspflicht.

Die im Westen verbreitete Version, dass russische Kriegsverbrechen in Butscha einen Abschluss von Friedensbemühungen verhindert hätten, sei ein Märchen des Westens, unabhängig davon ob man glaubt, die Russen hätten dort ein Massaker an Zivilisten begangen. Auch zu Butscha gäbe es unterschiedliche Schuldzuweisungen.

Für die Verhandlungen spielen derartige moralische Schuldzuweisungen in keinem Fall eine Bedeutung. Aus seiner Erfahrung zu Friedens- bzw. Waffenstillstandsverhandlungen könne er nur mitteilen, dass die Betonung jeweiliger gegnerischer Schuld im Rahmen von Verhandlungen nie eine Rolle spiele. Derartige Schuldzuweisungen und Empörungen seien für die jeweilige Öffentlichkeit bestimmt.

Verhandlungen seien vielmehr geprägt durch Interessen der jeweiligen Kriegsgegner. Diese lagen vorliegend auf der Hand und wurden auch klar benannt.

Die geopolitischen Vorstellungen der USA (auch deutlich beschrieben durch den ehemaligen Sicherheitsberater im Weißen Haus, Brzezinski, in seinem Buch: Die einzige Weltmacht) seien seit Jahrzehnten ebenso bekannt, wie auch die Tatsache der Spaltung der Ukraine in einen den westlichen Vorstellungen zuneigenden Landesteil im Westen und den eher russisch ausgerichteten Bevölkerung im östlichen und südlichen Teil der Ukraine.

Nach Einschätzung von der Schulenburgs sei der Krieg für die Ukraine bereits verloren, dennoch gehe das sinnlose Sterben weiter und werde auch weiter mit Waffenlieferungen aus dem Westen befeuert.

Dieser Zustand lasse sich aber nicht unendlich weiter aufrechterhalten. Verhandlungen werden früher oder später wieder aufgenommen. Dann allerdings wird Russland nicht mehr bei den Zugeständnissen aus dem Frühjahr 2022 bleiben. Dieser Moment ist durch das laute Kriegsgeschrei aus dem Westen unmöglich geworden.

Von der Schulenburg nannte den Konflikt Ausdruck einer Zeitenwende, die allerdings einen anderen Inhalt hat, als der von Bundeskanzler Scholz genutzte Begriff. Der globale Süden sei nicht mehr bereit, die Vorherrschaft des Hegemons mit seiner jeweils situationsangepassten „regelbasierten Ordnung“ zu akzeptieren. Die Vorherrschaft der USA sei zunehmend bedroht durch die Brics-Staaten, die nicht durch militärische Expansion, sondern durch gleichberechtigte ökonomische Politik sich der weltweiten Dollarisierung entgegenstellen.

Die lebhafte Diskussion im Anschluss an den Vortrag rundete den Abend ab.